

UN-Erklärung

Der Bauernaufstand

Kleinbauern ernähren 80 Prozent der Weltbevölkerung – und hungern oft selbst. Eine UN-Erklärung soll ihre Rechte stärken, in Schwäbisch Hall wird darüber beraten.

Von **Christiane Grefe**, Schwäbisch Hall

9. März 2017, 18:41 Uhr / 55 Kommentare



Bauern verteilen Dünger auf einem Maisfeld auf Gemeinschaftsland in der Nähe von Mexiko-Stadt. Auch in Mexiko will die Regierung nicht die Kleinbauern stärken, sondern bevorzugt kapitalstarke Investoren. © Edgard Garrido/Reuters

Schwäbisch Hall: Das klingt nach Bausparkasse und Schraubenfabrik, Kunsthalle und Freilichtspielen auf der großen Theatertreppe. Aber ein Bauernaufstand? Der letzte in der Gegend ist fast 500 Jahre her. In dieser Woche jedoch hört man im mittelalterlichen Kern der idyllischen Stadt wieder rebellische Töne. Hundert Vertreter von Bauernorganisationen aus aller Welt haben sich im Alten Zeughaus, einem früheren Kornspeicher, versammelt. Viele tragen Saris, Kaftane, bunte Kittel und Tücher.

Zum Auftakt ihres Kongresses zieht ihr Gastgeber Rudolf Bühler, Biolandwirt und Gründer der Stiftung [Haus der Bauern](http://www.hdb-stiftung.com/index.php/de/) [http://www.hdb-stiftung.com/index.php/de/], einen provokanten Vergleich: Der Kampf der kleinen Erzeuger gegen das globale Agrobusiness sei die heutige Form des Konfliktes von 1525, als sich die Leibeigenen gegen ihre feudalen Lehnsherren erhoben, sagt der Biobauer. Dass Landwirte auch zukünftig mit ihrem eigenen Saatgut und ihren eigenen Praktiken in Würde überleben könnten, sieht Bühler als "neue soziale Frage".

Mit noch größerem Pathos überbringt die Bolivianerin Nardi Suxo Iturry die "brüderlichen Grüße" ihres Präsidenten Evo Morales. Seit der frühere Kokabauer aus dem Volk der Aymara ihr

Land regiere, würden nach langer Kolonisierung und neoliberalen Jahren wieder die vielfältigen Kulturen und Traditionen der Indigenen gefördert: "Die Aymara haben schon die Conquistadoren bekämpft. Und der Kampf um Souveränität geht weiter!"

Das klingt ganz schön nach Regierungs-PR, doch mit ihrer temperamentvollen Rede wirbt die Diplomatin aus La Paz im Hohenlohischen für ein ebenso bedeutsames wie umstrittenes politisches Großprojekt: eine Erklärung der Vereinten Nationen für die Rechte der Bauern [<http://www.global-peasants-rights.com/index.php/de/dokumente>]. Iturry leitet eine Arbeitsgruppe beim UN-Menschenrechtsrat, die seit 2012 in Genf über einen größeren Schutz der Bauern und ihrer Freiheiten verhandelt. In Schwäbisch Hall will Bühlers Stiftung nun gemeinsam mit der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN [<https://www.fian.de/artikelansicht/2017-02-28-pressemitteilung-un-erklaerung-zu-rechten-von-kleinbauern-internationaler-kongress-in-schwaebisch-hall-vom-7-bis-10-maerz/>] und der Kleinbauernbewegung La Via Campesina die Dringlichkeit eines solchen Papiers unterstreichen. Unterstützung bekommen sie dafür von zahlreichen Organisationen, von misereor über Slow Food und die FAO bis zu den europäischen Agrarrechtlern.

Ausgerechnet Kleinbauern hungern

Aber macht das überhaupt Sinn: eine eigene UN-Deklaration für eine Berufsgruppe? Ist es nicht selbstverständlich, dass "Bauern und andere, die in ländlichen Regionen leben, allen anderen Menschen in Würde und Rechten gleichberechtigt" sind, wie es in einem der Entwürfe heißt?

Für Elisabeth Mpofu aus Zimbabwe stellt sich die Frage nicht. Sie sagt, man brauche eine solche Erklärung mehr denn je. Die streitbare Koordinatorin von La Via Campesina erinnert an die dramatische Ungerechtigkeit, die gerade wieder von Jemen über Somalia bis Nigeria sichtbar wird [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-02/hungersnot-somalia-jemen-suedsudan-nigeria-lebensmittel-klima>]: Ausgerechnet jene 2,5 Milliarden Menschen, die 80 Prozent der Weltbevölkerung ernähren, seien am häufigsten von Hunger betroffen, sagt Mpofu. Auch Armut und Arbeitslosigkeit herrschten besonders auf dem Land, "und Bauern kämpfen am meisten mit den Folgen des Klimawandels [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/klimawandel-migration>]" . Ihre prekäre Lage führt die Ökolandwirtin darauf zurück, dass Regierungen und Konzerne Hilfe und Modernisierung über die Köpfe der Dorfbewohner hinweg entschieden. Sie fordert: "Künftig nichts mehr für uns ohne uns!"

Rückenwind bekommt die Afrikanerin von Klaus Töpfer, dem früheren Chef des UN-Umweltprogramms UNEP. Er kritisiert, dass Europa die Umweltlasten seines subventionierten Wohlstands in den Süden exportiere. Diese "ökologische Aggression" treffe vor allem "die vergessenen Bürger am Ende der Kette", sagt Töpfer. "Es gibt eine direkte Verbindung zwischen der Ausbeutung der Natur durch den Menschen und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen."

Beim Bauernkongress in Schwäbisch Hall erfährt man viel darüber, wie das konkret aussehen kann. Da rechnet der Jungbauernvertreter Jan Ari aus Indonesien minutiös vor, dass in seiner

Heimat allein in den letzten zwei Jahren bei 231 Landkonflikten 2.700 Menschen vertrieben worden seien, drei Widerständige ums Leben kamen, 65 verhaftet oder anderweitig kriminalisiert wurden. 70 Prozent der fast 260 Milliarden Indonesier sind Bauern. Mehr als sechs Prozent davon hätten in dieser Zeit ihre Höfe aufgegeben, sagt Ari, zum Teil, weil sie gegen die Übermacht der großen Konkurrenten nicht mehr ankamen.

Selbst Naturschützer sind gegen die Hirten

Nicht nur die Landwirte verlieren ihre Existenz. Margaret Nakato aus Uganda ist Sprecherin des Weltforums der Fischer [<http://worldfisherforum.org/>]. Die junge Frau erzählt, wie Exporteure ihren Landsleuten am Victoriasee die Nahrungsgrundlage vor der Nase wegfishchten. Baufirmen, Hotelbesitzer und großflächige Agrarunternehmen entzögen ihnen den Zugang zum Wasser und damit ihre einzige Einkommensquelle. Oder Khalid Khaleyeb: Er vertritt Jordaniens Nomaden und berichtet von der Verachtung für ihre Lebensweise. Selbst Naturschützer machten den Hirten ihre Lebensräume streitig.

All diesen Marginalisierten und auch den landlosen Arbeitern soll die UN-Erklärung nun in 30 Artikeln eine Vielzahl von Rechten sichern: das Recht auf Land und andere natürliche Ressourcen; auf Saatgut und Biodiversität; auf Souveränität bei Entscheidungen über ihre wirtschaftlichen Ziele und Ernährungsweisen; auf Leben, Freiheit, Unversehrtheit, Arbeit und vieles mehr.

Hinter diesen Forderungen stehen bislang vor allem Entwicklungsländer, auch Schwellenländer wie China oder Indien. Die Europäer und die USA sind dagegen – und das nicht nur wegen der brisanten Eigentumsrechte, die ja private Wirtschaftsinteressen beschneiden würden. Kritisiert wird auch, dass die Texte ungenau seien und vieles wiederholten, was die UN an anderer Stelle schon beschlossen habe. "Noch sind es unsere Worte, die Worte der Bauern", gesteht ein Farmer aus Mali zu. "Jetzt müssen wir sie in die Sprache der UN übersetzen."

"Systematische Diskriminierung der Bauern"

Dass es noch weiteren Nachdenkens bedürfe, meint auch Michael Windfuhr. Der stellvertretende Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat maßgeblich an der Durchsetzung freiwilliger Leitlinien der UN zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung mitgewirkt. Schon dabei wurde klar, dass zum Beispiel ein Recht auf Land auch völkerrechtlich strittig ist. Grundsätzlich aber sieht auch Windfuhr eine große Chance darin, aus dem UN-Menschenrechtsrat "den Blick auf die "systematische Diskriminierung der Bauern zu lenken und die Ursache für die Landflucht zu beheben". Eine Deklaration für die Rechte indigener Völker [<http://www.un.org/depts/german/gv-61/band3/ar61295.pdf>] zum Beispiel, die 2007 in ähnlicher Weise deren Ansprüche bündelte, habe die Aufmerksamkeit für einheimische Kulturen weltweit geschärft und die Gesetzgebung in vielen Ländern in ihrem Sinne beeinflusst.

Die indoamerikanische Juristin Smita Narula hält die Bauernerklärung für ein wichtiges Werkzeug, die Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie bestehende UN-Abkommen

gar nicht umsetzen. Außerdem könne sie dazu beitragen, "dass wir den nötigen Kurswechsel in der Landwirtschaft schaffen. Denn im Moment läuft da vieles in die falsche Richtung."

Die Bundesregierung unterstützt die Initiative grundsätzlich, wenngleich mit Bedenken im Detail. Federführend ist das Auswärtige Amt. Dort hält man bessere Lebensbedingungen für Kleinbauern für eine wichtige Umsetzung der im [UN-Sozialpakt](https://www.sozialpakt.info/) [https://www.sozialpakt.info/] verankerten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – und will am Text weiter aktiv mitarbeiten. Mitte Mai werden die Verhandlungen fortgesetzt. Noch ist ungewiss, ob Bolivien dann schon eine Abstimmung riskiert.

Elisabeth Mpofu hofft jedenfalls auf ein starkes Signal. Sie sagt: "Wenn die Landbevölkerung abgesichert ist, dann dient das nicht nur uns Bauern, sondern allen Menschen."